FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

4
2019

Nah dran

Das Magazin aus der FW-Landtagsfraktion

Bilanz 2019:
Die FREIEN WÄHLER
in der Regierungs-
verantwortung

Ein gutes Jahr für Bayern

UNSER EINSATZ
Mehr Jugendbeteiligung mit dem „JuBeL-Paket“

UNSERE MEINUNG
Antisemitismus mit allen Mitteln bekämpfen

UNSER ZIEL
Gamsbock-Population in Bayern besser überwachen

Hubert Aiwanger, MdL
Stellvertretender Ministerpräsident, Staatsminister im Ministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Beauftragter der Staatsregierung für Gesundheit und Pflege, pflegepolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Manfred Eibl, MdL
Stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr, Sprecher für Wirtschaft, Landesentwicklung und Medien, verkehrspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Technologie

Susann Enders, MdL
Sprecherin für Soziales, Familie und Kinder, gesundheitspolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Dr. Hubert Faltermeier, MdL
Rechtspolitischer Sprecher, Sprecher für Wissenschaft und Hochschule, Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst

Hans Friedl, MdL
Sprecher für Wohnen und Bauen, verbraucherschutzpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr, Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz

Thorsten Glauber, MdL
Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz

Tobias Gotthardt, MdL
Vorsitzender im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen, jugendpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Eva Gottstein, MdL
Beauftragte der Staatsregierung für das Ehrenamt, stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Bildung und Kultus, Sprecherin für Frauen und Gleichstellung, Sprecherin für Ehrenamt, bildungspolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, kommunalpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Wolfgang Hauber, MdL
Innenpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Johann Häusler, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Arbeit und Senioren, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Dr. Leopold Herz, MdL
Vorsitzender im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Alexander Hold, MdL
Landtagsvizepräsident, Sprecher für Asyl und Integration, Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Nikolaus Kraus, MdL
Sprecher für Jagd und Forsten, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Rainer Ludwig, MdL
Energiepolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Technologie

Dr. Fabian Mehring, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Staatsminister für Bildung und Kultus

Gerald Pittner, MdL
Finanz- und steuerpolitischer Sprecher, Sprecher für Fragen des Öffentlichen Dienstes, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes

Bernhard Pohl, MdL
Haushaltspolitischer Sprecher, verteidigungspolitischer Sprecher für Fragen der Bundeswehr, Sprecher für Heimatvertriebene, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Kerstin Radler, MdL
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, kulturpolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst

Gabi Schmidt, MdL
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen, entwicklungspolitische Sprecherin

Anna Stolz, MdL
Staatssekretärin im Kultusministerium

Florian Streibl, MdL
Fraktionsvorsitzender, religionspolitischer Sprecher

Roland Weigert, MdL
Staatssekretär im Wirtschaftsministerium

Jutta Widmann, MdL
Gastropolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Benno Zierer, MdL
Umweltpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz

Ein gutes Jahr für Bayern!

Liebe Leserinnen und Leser,

am 5. November 2018 unterzeichneten wir im Akademiesaal des Landtags den Koalitionsvertrag zwischen FREIEN WÄHLERN und CSU und ebneten damit den Weg für die erste schwarz-orange Landesregierung. Anlass genug, nach einem Jahr Regierungsverantwortung eine erste Bilanz vorzulegen.

Ein Jahr schwarz-orange Regierungskoalition ist ein gutes Jahr für Bayern. „Für ein bürgernahes Bayern: menschlich – nachhaltig – modern“: So lautet der Titel unseres Koalitionsvertrags. Das ist der Anspruch, dem wir uns verpflichtet fühlen.

In nur einem Jahr haben wir viel erreicht. 27 FREIE WÄHLER-Abgeordnete und 85 Kolleginnen und Kollegen der CSU haben in nur zwölf Monaten zahlreiche Konzepte, Anträge und Gesetze für einen zukunftsorientierten, sozialen und innovativen Freistaat erarbeitet. Wir FREIEN WÄHLER haben in enger Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner und der Landesregierung mit der Erneuerung Bayerns begonnen. Welche wichtigen Impulse wir für die Wirtschaft und den Umweltschutz, für Familien, für die Bildung und vieles mehr geliefert haben, erfahren Sie in unserem Titelthema.

Und weil wir uns auf unseren Lorbeeren nicht ausruhen, arbeiten wir derzeit an vielen weiteren Initiativen: So wollen wir die Jugendbeteiligung im demokratischen Prozess stärken, die Gamsbock-Population in den bayerischen Alpen besser überwachen und kulturelle Angebote im Ganztag verankern. Was wir konkret vorhaben und mit welchen weiteren Themen wir uns aktuell beschäftigen, können Sie in unserem Spektrum nachlesen.

„Nur unsichtbare Juden sind sichere Juden.“ Das hat der jüdische Publizist und Moderator Michel Friedmann vor einigen Wochen in einem Polit-Talk der ARD gesagt. Es ist gleichermaßen beschämend wie erschütternd, dass er damit die aktuelle Situation vieler deutscher Juden durchaus treffend beschreibt – ein Zustand, der untragbar und einer Demokratie unwürdig ist. Wir FREIE WÄHLER verurteilen jede Form der Ausgrenzung und der Gewalt gegenüber Minderheiten aufs Schärfste und verleihen dieser Haltung in unserem Meinungsstück auf Seite 30 deutlich Ausdruck. Denn Hetze, Diskriminierung und Verfolgung dürfen nie wieder Platz in unserer Gesellschaft haben – dafür setzen wir FREIE WÄHLER uns ein!

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr

Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender

Schulterblick

06 Kommunalkongress
Flächensparen und ländlicher Raum im Fokus

08 Parlamentarischer Abend
Zwischen Daseinsvorsorge und „schwarzer Null“: Krankenhauspflegepersonal am Limit

09 Fachgespräch
Brexit – wie geht’s weiter?

10 Fraktion unterwegs
FREIE WÄHLER on Tour 2019

Schwerpunkt

12 EIN GUTES JAHR FÜR BAYERN
Ein Jahr FREIE WÄHLER in Regierungsverantwortung

13 WIRTSCHAFTSPOLITIK MIT WEITBLICK
Erfolgsfaktoren erhalten, Produktionen zurückholen und Innovationen fördern

14 BESTE BILDUNG
Jeder dritte Euro für die Bildung

15 POLITIK FÜR DIE HEIMAT
Ländliche Räume stärken, Metropolen entlasten

16 ÖKOLOGISCHE UND GERECHTE AGRARPOLITIK
Zum Schutz der Umwelt – und unserer Landwirtschaft!

17 BAYERNPAKET FÜR DEN KLIMASCHUTZ
Klimaschutz ist eine Investition in die Zukunft

18 FÜR STARKE KOMMUNEN
Kommunale Selbstverwaltung braucht Handlungsfähigkeit

19 FAMILIEN IM BLICK
Bessere Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung

06

Kommunal-
kongress

Spektrum

22 ANTRAGSPAKET ZUR LEHRERGESUNDHEIT
Lehrer fit für neue Herausforderungen machen

23 REDUZIERTER MEHRWERTSTEUERSATZ VON SIEBEN PROZENT
Gleiche Steuern für Essen!

24 „JUBEL-PAKET“ FÜR MEHR JUGENDBETEILIGUNG
Jugendliche Stimmen sollen mehr politisches Gewicht bekommen

25 KULTURELLE ANGEBOTE IM GANZTAG VERANKERN
Kinder sollen kreative Potenziale entfalten können

26 WINTERFÜTTERUNGEN
Wie wir unseren Wildtieren durch die kalte Jahreszeit helfen

27 GAMS-MONITORING
Erhebung der Gamswildpopulation kann Streit schlichten

Nahaufnahme

20 Zitate
Unsere Abgeordneten haben das Wort

09 Zahl des Quartals

28 Abgeordnete im Porträt
Gerald Pittner und Susann Enders

30 Meinung
Antisemitismus mit allen Mitteln bekämpfen!

31 Die letzte Seite
Kurz berichtet / Was sonst noch los war …

10

22

Flächensparen und ländlicher Raum im Fokus

Zum sechsten Mal haben wir FREIE WÄHLER zu unserem Kommunalkongress in den Bayerischen Landtag eingeladen. Und die Themen stießen auf rekordverdächtiges Interesse: Rund 270 Gäste aus der Kommunalpolitik konnten wir im Maximilianeum begrüßen.

Uns FREIEN WÄHLERN ist der regelmäßige Austausch mit den kommunalen und regionalen Akteuren besonders wichtig, denn sie liefern wichtige Impulse und Ideen für unsere Arbeit im Bayerischen Landtag. Endlich haben wir auch die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, die dafür sorgen, dass unsere Anträge beschlossen und unsere politischen Initiativen umgesetzt werden.

Zu diesen Initiativen gehört unser 10-Punkte-Masterplan zum Flächensparen. Denn der Flächenverbrauch ist ein politisches Problem, das inzwischen auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Wir wollen uns des Themas annehmen und handeln – bevor es andere tun und wir nur noch zusehen können. Maßgeblich ist für uns, dass Kommunen in ihrer Entwicklung nicht eingeschränkt werden. Vielmehr sollen sie mit den vorhandenen Flächen sorgsam und verantwortungsbewusst umgehen. Den Kommunen aus München heraus einen Flächensparplan aufzudrücken, wie es die Grünen verlangen, lehnen wir klar ab.

Den Kommunen aus München heraus einen Flächensparplan aufzudrücken, wie es die Grünen verlangen, lehnen wir FREIE WÄHLER klar ab.

Auch bedingt durch das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ haben sich Stadt und Land in den vergangenen Monaten zunehmend entfremdet. Dem erfolgreichen Beispiel anderer Bundesländer folgend wollen wir FREIE WÄHLER deshalb gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium ein bayerisches „Aktionsbündnis ländlicher Raum“ gründen. Die Idee dahinter: Vom Gastwirt über den Feuerwehrhauptmann bis hin zum Landwirt soll den Menschen in diesem Gremium Gelegenheit gegeben werden, ihre Interessen zu vertreten.

Ein weiteres Thema bei unserem Kommunalkongress: die Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum. Denn gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern können wir nur erreichen, wenn auch auf dem Land ausreichend Infrastruktur zur Verfügung steht. Gerade für den öffentlichen Nahverkehr muss deutlich mehr getan werden, denn frühere Staatsregierungen haben die ländlichen Gebiete in dieser Hinsicht sträflich vernachlässigt.

Bereits erfolgreich eingesetzt haben wir uns für die kommunalen Finanzen: Auf unsere Initiative hat die Staatsregierung ein Förderprogramm zur Schwimmbadsanierung im Umfang von 120 Millionen Euro in den kommenden sechs Jahren auf den Weg gebracht. Damit ist ein wichtiger Schritt gemacht, um die Schwimmkompetenzen von Kindern zu stärken. In puncto abgeschaffter Straßenausbaubeiträge hätten wir gerne mehr für die Kommunen herausgeholt, aber unser Koalitionspartner hat uns zum Teil schmerzhafte Kompromisse abverlangt. Durchsetzen konnten wir aber immerhin unseren 50-Millionen-Euro-Härtefallfonds.

Unser erster Kommunalkongress in Regierungsverantwortung war für uns FREIE WÄHLER auch eine gute Gelegenheit, die Zusammenarbeit mit der Staatsregierung zu bilanzieren. Diese läuft nach unserer Einschätzung sehr gut und auch Bayerns Bürger sind offenbar recht zufrieden mit der Arbeit unserer schwarz-orangen Koalition – das zeigen nicht zuletzt die jüngsten Wahlumfragen.

Die Abgeordneten Manfred Eibl, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch und Dr. Fabian Mehring freuten sich gemeinsam mit dem Referenten Hans-Karl Freiherr von Thüngen (ganz links im Bild) über das große Interesse am 6. Kommunalkongress der Landtagsfraktion.

TIPP

Den Film zum Kommunalkongress gibt es auf unserem fraktionseigenen Videoportal unter **www.youtube.com/fwlandtag**

Zwischen Daseinsvorsorge und „schwarzer Null“: Krankenhaus-pflegepersonal am Limit

Zu wenig Zeit für Patienten, kaum Pausen und ständiges Einspringen an freien Tagen: Das Krankenhauspersonal in Bayern klagt über wachsende Aufgabenverdichtung, zugleich ist der Arbeitsmarkt komplett leergefegt – was tun? Das fragten wir FREIE WÄHLER bei unserem Parlamentarischen Abend „Wertschätzung – das Vitamin fürs Krankenhaus-pflegepersonal“ im Maximilianeum.

Die gesundheitspolitische Fraktionssprecherin Susann Enders, selbst Krankenschwester, führte durch den Parlamentarischen Abend.

Gerade in der medizinischen Versorgung ist Wohnortnähe wichtig – doch ein flächendeckendes Netz von Krankenhäusern geht zulasten der Wirtschaftlichkeit. Die Folge: Immer weniger Pflegekräfte müssen sich um immer mehr Patienten kümmern. Deshalb bleibt kaum noch Zeit zum Gespräch mit den Patienten, viele Krankenhausbedienstete sind vollkommen erschöpft. Hilfe suchen sie sich trotzdem selten – aus Angst vor Repressalien. Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt: Krankenpflege ist unverzichtbare Daseinsvorsorge. Deshalb darf es bei der Gesundheitsvor- und -fürsorge nicht allein um Rentabilität gehen.

Bei geschätzten 80.000 offenen Stellen ist auch eine leistungsgerechte Entlohnung der Pflegekräfte wichtig. Denn ein Arbeitgeberwechsel ist für sie leicht möglich – die Fluktuation ist entsprechend hoch. Außerdem müssen jene Pflegekräfte, die zusätzliche Aufgaben übernehmen, für diese Nebentätigkeiten eine angemessene zusätzliche Vergütung erhalten.

Krankenpflege ist unverzichtbare Daseinsvorsorge. Deshalb darf es bei der Gesundheitsvor- und -fürsorge nicht allein um Rentabilität gehen.

Das ist auch deshalb wichtig, weil Krankenhausbeschäftigte spätestens ab dem 50. Lebensjahr spüren, wie stark sich die Arbeitsverdichtung auf ihre eigene Gesundheit auswirkt. Noch vor rund 20 Jahren hat eine Nachtschicht im Wesentlichen aus regelmäßigen Rundgängen über die Stationen bestanden. Heute werden Patienten auch am Wochenende stationär aufgenommen und müssen für OPs am Montag fit gemacht werden – das ist eine enorme Zusatzbelastung.

Ein angemessenes Gehalt ist aber nicht das Entscheidende, wie die Podiumsgäste und Besucher unseres Parlamentarischen Abends versicherten. Ein Teil der Lösung liegt in besser planbaren Dienst- und Freizeiten. Auch geht es darum, wieder eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts zu etablieren. Das fängt bereits in der Schule an: Schon im Klassenzimmer muss der Krankenpflegeberuf in all seinen Facetten positiver vorgestellt werden.

Wichtig ist auch, dass in der Politik mehr Menschen mit Erfahrung am Krankenbett vertreten sind. Wie es ist, zehn Patienten gleichzeitig pflegen zu müssen, während ein weiterer im Sterben liegt, kann nur derjenige ermessen, der selbst entsprechende Erfahrungen in seiner Arbeitsbiographie gemacht hat. Nur wer solche Ausnahmesituation kennt, kann den Pflegenotstand aus dem Landtag heraus gezielt bekämpfen.

Brexit – wie geht's weiter?

Das Brexit-Drama will nicht enden – nächster voraussichtlicher Termin für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ist der 31. Januar 2020. Über die damit verbundenen Risiken für Bayerns Wirtschaft haben wir FREIEN WÄHLER mit Experten aus Wirtschaft und Verbänden beim Fachgespräch „Brexit – wie geht's weiter?" diskutiert. Unser Fazit: Der Brexit sendet ein fatales Signal an Europa!

Die Nationalstaaten Europas brauchen eine Klammer, die sie zusammenhält – das ist die zentrale Erkenntnis aus zwei furchtbaren Kriegen im vergangenen Jahrhundert. Das Versprechen „Nie wieder Krieg" ist das Fundament, auf dem die Gründung der Europäischen Union basiert. Doch dieses „Nie wieder" wird durch den Brexit infrage gestellt – obwohl nur eine hauchdünne Mehrheit von 51,9 Prozent der Bürger Großbritanniens für den Austritt stimmte.

Die Unsicherheit über das Wie und Wann des britischen EU-Ausstiegs wirkt sich bereits heute negativ auf die bayerische Wirtschaft aus. Allein im vergangenen Jahr hat sie durch das Brexit-Tauziehen Geschäfte im Wert von rund acht Milliarden Euro verloren. Und die Hängepartie ist noch lange nicht ausgestanden: Selbst unter voller Ausnutzung einer verlängerten Übergangsfrist bis Ende 2022 ist fraglich, ob in diesem Zeitraum ein Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Großbritannien erzielt werden kann. Und sogar mit Abkommen würde sich der volkswirtschaftliche Verlust immer noch auf voraussichtlich jährlich rund 500 Millionen Euro belaufen.

Wichtig ist, Schadensbegrenzung zu betreiben und den EU-Binnenmarkt nach Kräften zu schützen.

Doch selbst ein tiefgreifendes Freihandelsabkommen wäre meilenweit von den Vorteilen des jetzigen EU-Binnenmarktes entfernt. Letztlich blieben also auch in einem solchen „optimalen" Szenario EU-Zollaußengrenzen, die erhebliche Bürokratie nach sich zögen. Schlimmer noch: Sogar das Szenario eines harten Brexits ist mitnichten vom Tisch. Dieser könnte eintreten, wenn bis Ende 2022 kein Anschlussabkommen mit der EU ausgehandelt worden ist.

Die Wirtschaftsattraktivität leidet also auf beiden Seiten – besonders kleine Unternehmen werden mit den Brexit-Folgen schwer zu kämpfen haben. Wichtig ist deshalb, Schadensbegrenzung zu betreiben und den EU-Binnenmarkt, in den immerhin 60 bis 70 Prozent der deutschen Exporte gehen, nach Kräften zu schützen. Dafür werden wir FREIE WÄHLER uns auch weiterhin einsetzen.

ZAHL DES QUARTALS

–17%

Nach einer aktuellen Studie von Deloitte sind die Exporte zwischen Deutschland und Großbritannien in den Jahren 2016 bis 2018 um acht Prozent gesunken. Den größten Anteil daran hat die Autoindustrie, deren Ausfuhren auf die Insel in dem Zeitraum um 6,6 Milliarden Euro einbrachen. Der Pharmasektor büßte fast 3 Milliarden Euro ein. Bayern bekam das wegen der hohen Bedeutung der Auto- und Pharmabranche besonders zu spüren: **Im Freistaat gingen die Exporte nach Großbritannien binnen drei Jahren um 17 Prozent zurück.**

Quo vadis, Brexit? Beim Fachgespräch „Brexit – wie geht's weiter?" diskutierten Frank Dollendorf, Bereichsleiter International, Industrie, Innovation und Außenwirtschaft der IHK München/Oberbayern, Fraktionschef Florian Streibl, Dr. Barbara Richter von der Konzernplanung und Konzernstrategie der BMW Group, Tobias Gotthardt, Vorsitzender des Europaausschusses und europapolitischer Fraktionssprecher, sowie Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert über die Folgen des Brexits für die bayerische Wirtschaft.

7
FRAKTION VOR ORT
ELEKTRO-
MOBILITÄT
Chancen und Grenzen
Benno Zierer, MdL
Hans Friedl, MdL
Dienstag, 7. Mai, 19:30 Uhr

2

11
FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION
Gemeinsam
geht's besser!

1

5

6
FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

8

3
FISCH
GENUSS
FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

9
FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

4

10
FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION
Der Mensch im Mittelpunkt!

FREIE WÄHLER on Tour 2019

Wir FREIEN WÄHLER haben unsere Wurzeln im Kommunalen und unser Ohr nah beim Bürger. Damit das so bleibt, tauschen sich unsere Abgeordneten regelmäßig bei Messen oder im Rahmen der fraktionseigenen Veranstaltungsreihen „Fraktion vor Ort" und „Fraktion unterwegs" mit Bürgerinnen und Bürgern aus allen Teilen Bayerns aus. In diesem Jahr standen – neben vielen weiteren Terminen – etwa Würzburg, Landshut und Ansbach auf dem Besuchsprogramm.

1 Niederbayern-Schau in Landshut

Bei der Niederbayern-Schau in Landshut beantworteten die Abgeordneten Fragen rund um ihre parlamentarische Arbeit. Mit von der Partie: Jutta Widmann sowie Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger, der die Schau eröffnete.

2 Fraktion unterwegs in Gunzenhausen und Ansbach

Wolfgang Hauber und Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer gingen auf Streife mit der Wasserschutzpolizei Gunzenhausen, die unter anderem den Altmühlsee sowie den Kleinen und Großen Brombachsee betreut. Auch auf dem Programm: ein Besuch der Kripo Ansbach.

3 „Fraktion vor Ort" in Schönficht

Bei einem Fischerei-Gespräch diskutierten Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Joachim Hanisch und Nikolaus Kraus mit rund vierzig Teilnehmern über die Zukunft der Teichwirtschaft und der Angelfischerei.

4 Fraktion unterwegs in Puchheim

Auch den Brennstoffzellen-Experten Proton in Puchheim besuchte die Fraktion. Dort nahm Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger den bayernweit ersten Brennstoffzellen-Industrieroboter in Betrieb – begleitet von Hans Friedl und der Europaabgeordneten Ulrike Müller.

5 Fraktion unterwegs in Peißenberg

Bei einem Besuch des Wasserwirtschaftsamts (WWA) Weilheim informierte sich Susann Enders über den geplanten Hochwasserschutz in Peißenberg Süd und Nord. Beim anschließenden Ortstermin besichtigte sie die Gefahrenschwerpunkte und diskutierte mit Bürgerinnen und Bürgern über den aktuellen Planungsstand.

6 „Fraktion vor Ort" in Fellheim

Bernhard Pohl sprach mit hochkarätigen Gästen über religiöse Vielfalt. Sein Fazit: Veranstaltungen wie diese seien zwar kontrovers, trügen aber zum Verständnis der Religionen und der Menschen untereinander bei.

7 „Fraktion vor Ort" in Oberhummel

Benno Zierer und Hans Friedl diskutierten mit ihren Gästen über Chancen und Grenzen der Elektromobilität. Bei allen Herausforderungen – etwa die Schaffung der nötigen Infrastruktur – ist auch klar: Veränderungen in der Energiepolitik sind unumgänglich, um die Energiewende voranzutreiben.

8 „Fraktion vor Ort" in Blaibach

Über den Wert der Dorfschule als wohnortnahes Bildungsangebot sprach Joachim Hanisch in Blaibach. Die Vorzüge der Dorfschule: Sie stiftet Heimat und trägt mittelbar zur Stärkung des ländlichen Raums bei. Deshalb machen sich die FREIEN WÄHLER schon seit Jahren für ihren Erhalt stark.

9 Mainfranken-Messe in Würzburg

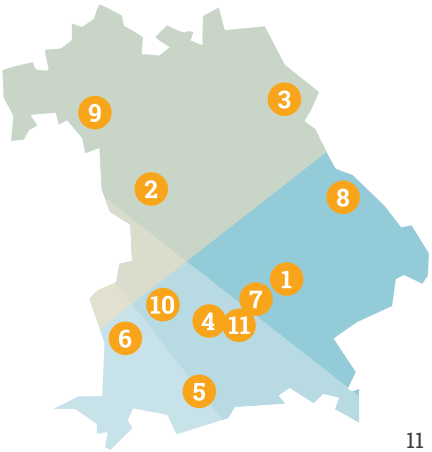
Auf der Mainfranken-Messe in Würzburg war auch die Landtagsfraktion mit einem Stand vertreten. Bildungsstaatssekretärin Anna Stolz und der Abgeordnete Gerald Pittner beantworteten die Fragen der Besucher.

10 „afa" in Augsburg

Auch auf der „afa" in Augsburg berichteten unsere Abgeordneten, darunter der Parlamentarische Geschäftsführer Dr. Fabian Mehring, über Initiativen und Anträge der Landtagsfraktion.

11 „Die 66"

Über ihre Arbeit im Landtag informierten auch Fraktionschef Florian Streibl und Wolfgang Hauber auf der Messe „Die 66" in München.



Ein gutes Jahr für Bayern

Unsere Bilanz nach einem Jahr Regierungsverantwortung

Wir FREIE WÄHLER wollen das Leben aller Menschen in Bayern verbessern. Deshalb haben wir Regierungsverantwortung übernommen und mit unserem schwarz-orangen Koalitionsvertrag den Grundstein für eine vernünftige, nachhaltige und bürgerliche Politik im Freistaat gelegt.

Zusammen mit unserem Koalitionspartner werden wir weiter vorwärtsgehen und auch das nächste Jahr in der Regierung anpacken. Denn wir sind noch lange nicht am Ziel. Aber wir haben schon viel erreicht. Eine Auswahl unserer wichtigsten Initiativen und Erfolge haben wir auf den folgenden Seiten zusammengestellt.

Unsere Bilanz in Zahlen

50.000.000 Euro für
STRABS-HÄRTEFALLFONDS

150.000.000 Euro jährliche
STRABS-PAUSCHALE
für die Kommunen

5.000 zusätzliche
LEHRER

120.000.000 Euro für die Sanierung kommunaler
SCHWIMMBÄDER

3.000.000 Euro für den
BAYERISCHEN NATURSCHUTZFONDS

500 zusätzliche
POLIZISTEN
pro Jahr

5.000 Euro Niederlassungsprämie für
FREIBERUFLICHE HEBAMMEN

100 Euro
BETREUUNGSZUSCHUSS
für Ein- und Zweijährige

Erfolgsfaktoren erhalten, Produktionen zurückholen und Innovationen fördern

Gute Wirtschaftspolitik heißt für uns, bestehende Potenziale optimal zu nutzen und kräftig in tragfähige Zukunftstechnologien zu investieren. Deshalb stärken wir das Handwerk und die Tourismusbranche und fördern den Hochtechnologiesektor. Auch die Energiewende treiben wir kraftvoll voran.

Um das **bayerische Handwerk** zu stärken, haben wir allein 2019 knapp 29,7 Millionen Euro Haushaltsmittel vorgesehen: Von der beruflichen Bildung über die allgemeine Handwerksförderung bis hin zur digitalen Transformation informieren, qualifizieren und unterstützen wir Betriebe und Beschäftigte. Mit der **Rückvermeisterung im Handwerk** haben wir außerdem erreicht, dass für zwölf Berufe die Meisterpflicht wieder eingeführt wurde.

Wir kämpfen entschlossen um die Dominanz bei wichtigen Zukunftstechnologien. Wir **unterstützen Forschungen in der Luft- und Raumfahrt** und schaffen mit einer **Hightech-Offensive** rund 100 neue Lehrstühle für künstliche Intelligenz und Hochtechnologie. Wir haben drei neue **Technologietransferzentren** gegründet und stellen im Rahmen unserer **Initiative Gründerland.Bayern** 80 Millionen Euro für digitale Gründerzentren und Digitalisierungsnetzwerke an 21 Standorten zur Verfügung. Sieben weitere neue Gründerzentren bauen wir außerhalb der Ballungszentren auf.

Um die weißen Flecken in der **Mobilfunkversorgung** zu schließen, haben wir kurzerhand das erste Mobilfunkförderprogramm Europas gestartet. Flankierend dazu haben wir die Versorgungsqualität gemessen und die Betreiber zur Einhaltung ihrer Ausbauverpflichtungen aufgefordert.

Außerdem wollen wir das Thema Wasserstoff vorantreiben. Denn für uns ist **Wasserstoff der Energieträger der Zukunft –** als Energiespeicher, als alternative Antriebsenergie für Kraftfahrzeuge und als Brennstoff. Mit dem neuen Wasserstoffzentrum in Nürnberg setzt Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bereits in seinem ersten Amtsjahr wertvolle Impulse, um dieser wichtigen Technologie einen Schub zu geben.

Auch die Energiewende bringen wir voran. Künftig werden bei Ausschreibungen **deutlich mehr Photovoltaik-Anlagen auf ertragsarmen Flächen** zugelassen. Im Zuge der jüngsten

Für uns ist Wasserstoff der Energieträger der Zukunft – als Energiespeicher, als alternative Antriebsenergie für Kraftfahrzeuge und als Brennstoff.

Ausschreibung der Bundesnetzagentur bekam Bayern den Zuschlag, künftig 130 Megawatt der bundesweit 153 Megawatt zusätzlichen Solarleistung – also rund 85 Prozent – zu produzieren. Daneben erweitern wir das erfolgreiche 10.000-Häuser-Programm um ein **PV-Speicherprogramm,** für das bereits über 5.000 Anträge vorliegen.

Auch der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Bayern. Mit unserer weiterentwickelten **Tourismus-Offensive** setzen wir auf nachhaltigen, naturverträglichen und barrierefreien Qualitätstourismus. Und mit unserem **Gaststättenmodernisierungsprogramm** tragen wir zum Erhalt einer lebendigen Wirtshauskultur in allen Teilen Bayerns, vor allem im ländlichen Raum, bei.

Wir nehmen viel Geld in die Hand, um die digitale Bildung an Schulen kraftvoll voranzutreiben.

Jeder dritte Euro für die Bildung

Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für eine gute Zukunft. Deshalb hat eine verantwortungsvolle und nachhaltige Bildungspolitik bei uns Priorität.

Wir nehmen viel Geld in die Hand, um die **digitale Bildung an Schulen** kraftvoll voranzutreiben. Zwei Fördertöpfe stehen zur Verfügung: Im Doppelhaushalt 2019/2020 schlagen die Mittel für die Digitalausstattung von Schulen mit 212 Millionen Euro zu Buche. Mit dem „Digitalpakt Schule" kommen 778 Millionen Euro an Bundesmitteln hinzu. Mit diesem Geld können die Kommunen und die privaten Schulträger die Digitalausstattung an den Schulen deutlich und nachhaltig verbessern.

Wir schaffen bis zum Ende der Legislaturperiode **5.000 zusätzliche Lehrerstellen,** um dem Personalmangel an den Schulen nachhaltig und langfristig entgegenzuwirken. Und wir haben ein **Sonderprogramm zur Entfristung** und Verbeamtung für befristet angestellte Lehrkräfte auf die Beine gestellt, von dem allein im aktuellen Doppelhaushalt über 800 Lehrerinnen und Lehrer profitieren.

Wir haben zum aktuellen Schulhalbjahr einen **Einschulungskorridor für Kann-Kinder** eingeführt. Dadurch können Eltern von sogenannten „Kann-Kindern" – das sind Kinder, die zwischen dem 1. Juli und dem 30. September sechs Jahre alt werden – künftig nach Beratung durch die Schulen selbst entscheiden, ob ihr Kind bereits zum kommenden Schuljahr oder erst im Folgejahr eingeschult wird.

Mit der **Überholspur im neuen G9** bieten wir besonders begabten und ehrgeizigen Schülern die Möglichkeit, eine Schulklasse zu überspringen. Durch ein deutschlandweit einzigartiges Mentorenprogramm und den Besuch zusätzlicher Module sollen die Schüler gezielt auf den Sprung von der zehnten in die zwölfte Klasse vorbereitet werden.

Außerdem stärken wir in der neuen gymnasialen Oberstufe die begabungs- und interessensgerechte Schwerpunktsetzung. Schüler sollen künftig je nach Begabung, Interesse und Angebot der Schule ein **vierstündiges „Leistungsfach"** wählen können, in dem (ähnlich wie in den früheren Leistungskursen) eine fachliche Vertiefung stattfindet.

Der Erfolg unseres Bildungssystems steht und fällt mit der hohen Qualität unserer bayerischen Lehrkräfte. Mit unserem Gesetz zur **Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes** stellen wir nicht nur die Sonderpädagogik auf breitere Beine, sondern ermöglichen Studierenden der Berufs- und Wirtschaftspädagogik den Erwerb wichtiger unterrichtsrelevanter Zusatzqualifikationen.

Und mit dem **Gesundheitsbonus,** der rückwirkend bis ins Schulhalbjahr 2018/2019 ausgezahlt wird, befreien wir Heilberufe wie Ergo- und Physiotherapeuten vom Schulgeld und stärken diese Berufe damit nachhaltig.

Ländliche Räume stärken, Metropolen entlasten

Während die wirtschaftlichen Zentren Bayerns immer weiter verstädtern, leiden ländlichere Gebiete am Wegzug junger, gut ausgebildeter Menschen und einer sukzessiven Verschlechterung der Infrastruktur und regionalen Versorgung. Mit der gezielten Stärkung des ländlichen Raums wollen wir dieser Entwicklung entgegenwirken.

Wir FREIE WÄHLER machen uns für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung stark. Zahlreiche Kliniken arbeiten derzeit am Rande der Wirtschaftlichkeit, gleichzeitig wird es immer schwieriger, die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Deshalb führen wir eine Landarztquote ein, erleichtern den Zugang zum Medizinstudium, indem einschlägige Vorkenntnisse stärker als bislang Gewicht finden, und unterstützen mit einem Gründerbonus in Höhe von 5.000 Euro niederlassungswillige freiberufliche Hebammen.

Das Internet ist Innovationsmotor und Standortfaktor für regionale Unternehmen, aber längst auch Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Unser Ziel ist, die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land zu überwinden – mit Erfolg: die Staatsregierung hat die Mittel für den Digitalbonus und den Mobilfunkausbau aufgestockt.

Die ländlichen Regionen müssen mit den urbanen Zentren auf Augenhöhe bleiben.

Wir wollen die Kultur in der Fläche stärken und fördern deshalb gezielt Kulturprojekte und -institutionen außerhalb der Ballungsräume. Außerdem haben wir die Mittel für den Kulturfonds erhöht, um neue kulturelle Impulse zu ermöglichen – und zwar in ganz Bayern. So stellen wir sicher, dass alle Menschen im Freistaat kulturell teilhaben können.

Damit der ländliche Raum nicht abgehängt wird, brauchen wir auch neue Konzepte für den Pendelverkehr zwischen Land und Ballungszentren und ein besseres Mobilitätsangebot vor Ort. Unsere Mobilitätsstrategie sieht unter anderem vor, Kommunen mehr Freiheit bei der Integration der Schülerbeförderung in den ÖPNV zu geben.

Insbesondere seit dem Artenschutz-Volksbegehren sehen wir einen zunehmenden Bruch zwischen Stadt- und Landbevölkerung und möchten diesen wieder kitten. Deswegen haben wir das Aktionsbündnis ländlicher Raum gegründet – mit dieser Austauschplattform wollen wir Städter und Landbevölkerung wieder zusammenbringen und für gegenseitiges Verständnis werben. Denn wir sind ein Bayern. Die ländlichen Regionen müssen mit den urbanen Zentren auf Augenhöhe bleiben.

Der Erhalt unserer bäuerlichen Landwirtschaft – und damit der Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft – kann nur in engem Schulterschluss mit den Landwirten gelingen.

Zum Schutz der Umwelt – und unserer Landwirtschaft!

Im Freistaat gibt es immer weniger kleine und mittelständische Agrarbetriebe. Damit geht nicht nur ein Stück landwirtschaftlicher Tradition, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftszweig verloren. Mit vielen Initiativen machen wir FREIE WÄHLER uns deshalb an der Seite unserer Landwirte für deren Bedürfnisse stark. Denn der Erhalt unserer bäuerlichen Landwirtschaft und damit unserer einzigartigen Kulturlandschaft kann nur in engem Schulterschluss mit den Landwirten gelingen.

Wir setzen uns für eine Anpassung der Düngeverordnung ein, um den Erfordernissen der landwirtschaftlichen Betriebe besser gerecht zu werden. Konkret haben wir eine Überprüfung sowie den Ausbau des Messstellennetzes auf den Weg gebracht, um für unsere Landwirte mehr Transparenz bei der Schaffung der roten Gebiete herzustellen. Denn nur durch einheitliche Kriterien bei der Einteilung der roten Gebiete können mit Nitrat überlastete Bereiche klar abgegrenzt und die Düngeverordnung damit alltagstauglicher gemacht werden.

Außerdem haben wir die Staatsregierung aufgefordert, zu berichten, welche Möglichkeiten es neben dem investitionsintensiven Separieren von Gülle und den computergestützten Ausbringetechniken noch gibt, um den Nitrateintrag ins Grundwasser zu reduzieren. In diesem Zusammenhang werben wir auch für die Erprobung alternativer Ausbringetechniken zur Ammoniakvermeidung durch die Landesanstalt für Landwirtschaft und das Landesamt für Umwelt.

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und im Dialog mit Landwirten und Naturschützern haben wir ein wegweisendes Artenschutzgesetz beschlossen, das die Biotop-Vernetzung entscheidend verbessern wird. Gleichzeitig kommt es den Landwirten in weiten Teilen entgegen: Mit dem Begleitgesetz der Staatsregierung ist es uns gelungen, verschiedene Regelungen des Volksbegehrens praxistauglich umzusetzen. Dies betrifft insbesondere Regelungen zu Mäh- und Walzzeitpunkten sowie zum Schutz von Streuobstwiesen, begleitet von einer verbesserten Förderung für die Landwirte und ihre Biotopflächen.

Neben dem Artenschutzgesetz haben wir zahlreiche weitere Einzelmaßnahmen beschlossen, um dem Umweltschutz mehr Gewicht zu verleihen. Dazu gehören die Förderung der bayerischen Naturparke und die Sicherstellung der wirtschaftlichen Nutzung unserer staatlichen Wälder getreu dem Motto „Schützen durch Nützen“. Außerdem haben wir im Haushalt mehr Mittel für den Vertragsnaturschutz durchgesetzt.

Klimaschutz ist eine Investition in die Zukunft

Klimaschutz ist eines der großen Themen unserer Zeit. Wir werden deshalb beim Klimaschutz weiter das Tempo erhöhen. Dabei werden wir alle gesellschaftlichen Gruppen mitnehmen, denn Klimaschutz geht nur gemeinsam.

Der Klimawandel ist längst in Bayern angekommen. Bis Ende des Jahrhunderts droht ein Temperaturanstieg in Bayern um bis zu 3,6 Grad Celsius. Deshalb stehen wir zu unserer Klimaverantwortung. Wir wollen beim Klimaschutz ein Bayernpaket auf den Weg bringen: das modernste Klimaschutzgesetz, ein umfassendes Maßnahmenpaket auf Landesebene und eine solide Finanzierung. Wir werden damit die bundesweiten Schritte kraftvoll begleiten. Die im aktuellen Doppelhaushalt verfügbaren über 200 Millionen Euro wollen wir dazu weiter aufstocken.

Unser bayerisches Klimaschutzgesetz soll ein neues ambitioniertes Ziel vorgeben: Bis spätestens 2050 soll Bayern klimaneutral werden. Jedes Jahr früher nehmen wir gerne mit. Ein ganz wichtiger Punkt ist dabei die Vorbildfunktion des Staates, die wir im Gesetz festschreiben. Der Staat muss beim Aufbau einer Klima-Infrastruktur in Vorleistung gehen, dann ziehen auch die Bürger nach. Das Bayerische Umweltministerium geht mit gutem Beispiel voran und wird schon in diesem Jahr klimaneutral.

Unser Ziel ist ein Klimaschutz, der bürgernah, unbürokratisch und kommunalfreundlich gestaltet ist. Er setzt auf Innovation, technischen Fortschritt und Anreize. Im Maßnahmenbereich setzen wir auf einen Schub bei den erneuerbaren Energien: Sonne, Wind und Wasser stellen keine Rechnung. Ein flächendeckender Ausbau des ÖPNV soll noch mehr Menschen ermöglichen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen – gerade auch im ländlichen Raum. Die energetische Sanierung im Gebäudebereich bleibt ein entscheidender Punkt, und wir wollen bestehende Förderprogramme weiter in diese Richtung ausbauen. Damit keine unsanierten Gebäude mehr wie strahlende Heizkörper in der Landschaft stehen. Auf Landesebene gibt es hier die größten Effekte für den Klimaschutz. Auch die energetische Sanierung und die Verwendung natürlicher Baustoffe nehmen wir in den Blick. Nachhaltiges Bauen mit Holz und Stein tut dem Klima gut. Ein wichtiges Element sind auch Recycling-Baustoffe, sie sparen wertvolle Ressourcen.

Klimaschutz geht nur gemeinsam. Wir müssen unsere Ziele mit kraftvollen Maßnahmen unterlegen.

Daneben wollen wir unsere Böden und Moore besser schützen und Wälder aufforsten. Intakte Böden und wiedervernässte Moore sind kostbare CO_2-Tresore. Plastikmüll wollen wir deutlich reduzieren. Denn der Verzicht auf unnötige Kunststoffe baut Müllberge ab und ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Auch bei der Anpassung an den Klimawandel sind wir gefordert: vom Hochwasserschutz bis zum Thema „mehr Grünflächen in den Städten".

Außerdem halten wir an einem weiteren langjährigen Ziel fest: Der Klimaschutz soll wegen seiner herausragenden Bedeutung in die bayerische Verfassung aufgenommen werden.

Kommunale Selbstverwaltung braucht Handlungsfähigkeit

Wir wollen starke Kommunen, die ihre öffentlichen Aufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen. Wir wollen, dass sie ihren Bürgerinnen und Bürgern gute Kindertagesstätten, bezahlbaren Wohnraum und eine gute Infrastruktur bieten können. Deshalb machen wir FREIE WÄHLER uns dafür stark, die kommunale Selbstverwaltung weiter zu stärken.

Wir haben erreicht, dass der Freistaat die Städte und Gemeinden nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge auskömmlich finanziell unterstützt. Im ersten Jahr beläuft sich die Strabs-Kompensation auf 100 Millionen Euro. Ab 2020 stellt der Freistaat dann eine jährliche Pauschale von 150 Millionen Euro bereit. Diese Summe liegt deutlich über den von den Kommunen tatsächlich erhobenen Beiträgen, die in den Jahren 2010 bis 2017 bei durchschnittlich 62 Millionen Euro pro Jahr lagen.

Wir wollen den Flächenverbrauch im Freistaat nach und nach reduzieren, aber ohne grüne Verbotspolitik. Wichtig ist uns, die Kommunen in ihrer Entwicklung nicht zu beschränken und stattdessen verschiedene Anreize zu schaffen, um etwa die Ortskernentwicklung anzukurbeln. Außerdem setzen wir uns für eine Reform der Bestattungsverordnung ein, die insbesondere eine Lockerung der Sargpflicht vorsieht. So soll in Zukunft die Bestattung in einem Leichentuch ohne Sarg aus religiösen und weltanschaulichen Gründen zulässig sein.

Weil wir die Schwimmfähigkeit von Grundschülern fördern möchten, stellen wir jährlich 20 Millionen Euro für die Sanierung kommunaler Schwimmbäder bereit. Denn nur wenn wir die vielen schulnahen Schwimmbäder als Unterrichtsstätten bewahren, bleibt Schwimmen als unverzichtbarer Teil des staatlichen Bildungsauftrags erhalten. Außerdem räumen wir den bayerischen Kommunen künftig mehr Freiheiten bei der Schülerbeförderung ein. So haben wir die Staatsregierung bereits damit beauftragt, Lösungen zu finden, wie Kommunen die Schülerbeförderung freiwillig in den bestehenden ÖPNV integrieren können, wenn das vor Ort Vorteile bietet.

Auf unsere Initiative erhöht der Freistaat die Gesamtmittel für den Sportstättenbau in strukturschwachen Regionen sowie in finanziell weniger leistungsfähigen Gemeinden, um damit dem Sanierungsstau bei Sportstätten zu begegnen. So wollen wir Sportvereine leichter in die Lage versetzen, ihre Sportstätten in eigener Initiative zu errichten und zu betreiben. Dadurch verringert sich der aufzubringende Eigenanteil für die Vereine und die Kommunen erheblich. Auch mit weiteren Maßnahmen unterstützen wir gezielt unsere ländlichen Räume, um Ballungsgebiete zu entlasten und so langfristig gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns zu schaffen.

Bessere Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung

Familien sind die Grundlage unserer Gesellschaft, Kinder unsere Zukunft. Unser Ziel ist es, Familien finanziell und strukturell so zu fördern, dass sie ihr Leben frei gestalten können – und wir haben bereits viel auf den Weg gebracht, um die Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern.

Wir haben erreicht, dass Familien bei den Betreuungskosten deutlich entlastet werden: Seit dem 1. April 2019 erhalten Eltern mit Kindergartenkindern einen Beitragszuschuss von 100 Euro pro Monat und Kind. Daneben führen wir zum 1. Januar 2020 ein bayerisches Krippengeld für Eltern ein, die ihre Kinder in einer Krippe und Tageseinrichtung betreuen lassen. Das Bayerische Familiengeld führen wir fort. Eltern von Kindern im zweiten sowie im dritten Lebensjahr erhalten weiterhin monatlich 250 Euro pro Kind, ab dem dritten Kind sogar 300 Euro. Das Bayerische Familiengeld wird unabhängig vom Einkommen und einem Krippebesuch des Kindes gezahlt.

Um die Betreuungssituation im Freistaat zu verbessern, bauen wir die Kinderbetreuungsplätze deutlich aus. Bis zum Jahr 2023 entstehen 50.000 neue Plätze für Kinder von 0 bis 6 Jahren und 10.000 Hortplätze. Außerdem stehen dem Freistaat durch den Gute-KiTa-Vertrag bis zum Jahr 2022 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 861 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wollen wir weitere flankierende Maßnahmen im Bereich der Qualitätsverbesserung in Kindertagesstätten realisieren.

Den familienpolitischen Charakter unserer Koalition unterstreichen wir auch mit unserer Niederlassungsprämie für freiberufliche Hebammen. Hebammen können seit 1. September finanzielle Unterstützung in Höhe von einmalig 5.000 Euro vom Freistaat beantragen. So wollen wir die flächendeckende und wohnortnahe geburtshilfliche Versorgung in Bayern sicherstellen. Mit dem Baukindergeld Plus und der bayerischen Eigenheimzulage (einmalig 10.000 Euro) sorgen wir außerdem dafür, dass mehr junge Familien mit Kindern in Wohneigentum investieren können.

Aktuell machen wir uns außerdem für eine vollständige Angleichung der Mütterrenten stark. Wichtig ist uns, die Rentenansprüche und Erziehungszeiten auch für diejenigen anzugleichen, die von den aktuellen Regelungen ausgenommen werden. Denn Erziehungsberechtigte, deren Kinder vor 1992 geboren sind, werden unverständlicherweise nicht berücksichtigt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Gerechtigkeitslücke zeitnah geschlossen wird.

Zum 1. Januar 2020 führen wir ein bayerisches Krippengeld ein, mit dem Familien bei den Betreuungskosten zusätzlichen entlastet werden.

Unsere Abgeordneten haben das Wort

„Die Anerkennung der **Lebensleistung von Müttern und Vätern** bei der Erziehung ihrer Kinder muss sich auch in der Rente widerspiegeln."

Johann Häusler, arbeitspolitischer Sprecher

„Nur wer über Demokratie Bescheid weiß, kann unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten und entschlossen für unsere Werte eintreten. Mit unserem Antragspaket **„Demokratie mitdenken und mitgestalten"** wollen wir dazu beitragen, unsere Schülerinnen und Schüler zu mündigen, politisch interessierten Erwachsenen zu machen."

Eva Gottstein, bildungspolitische Sprecherin

„Der ländliche Raum ist kein Fun-Park für Freizeitaktivitäten und er ist auch keine Brauchtumskulisse. Vielmehr leben und arbeiten dort Menschen. Die mühselige Arbeit, die dort geleistet wird, müssen wir entsprechend wertschätzen und würdigen."

Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender

„Nur die **Schaffung von mehr Wohnraum** kann eine Trendwende bei den Mieten erzeugen."

Hans Friedl, baupolitischer Sprecher

„Der bewirtschaftete Wald ist und bleibt der beste Klimaschützer. Unser langfristiges Ziel muss deshalb sein, einen guten Ausgleich zwischen Waldbewirtschaftung und Naturschutz zu finden."

Dr. Leopold Herz, agrarpolitischer Sprecher

„Mit dem ‚Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf' nimmt der Freistaat deutschlandweit eine Vorreiterrolle in Sachen Familienfreundlichkeit ein. So tragen wir nicht nur den Erfordernissen einer modernen Arbeitswelt Rechnung, sondern erhöhen gleichzeitig die **Attraktivität des öffentlichen Dienstes** und sichern somit seine Zukunftsfähigkeit."

Gerald Pittner, Sprecher für Fragen des öffentlichen Dienstes

„Wir FREIE WÄHLER sind schon lange überzeugt: **Ein sehr gutes Abitur allein macht noch keinen guten Arzt!** Deshalb werden bei der Zulassung künftig eine einschlägige Berufsausbildung und der Studieneignungstest deutlich stärker gewichtet als bislang."

Dr. Hubert Faltermeier, Sprecher für Wissenschaft und Hochschule

„Die Landarztquote ist ein wichtiger Baustein in einem Bündel von Maßnahmen, mit denen die Gesundheitsversorgung langfristig und flächendeckend sichergestellt und insbesondere dem **Ärztemangel auf dem Land** entgegengewirkt wird."

Bernhard Pohl, haushaltspolitischer Sprecher

„Mit grünen Fantasien, die den Fleischkonsum im Visier haben und den Verbrennungsmotor verbieten wollen, wird der **Wirtschaftsstandort** in Frage gestellt."

Hubert Aiwanger, stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister

„Wir FREIE WÄHLER benötigen keine riesigen Werbebudgets, um politisch erfolgreich zu sein. **Unser Erfolg** fußt auf einem weitverzweigten Netz aus gestandenen Lokalpolitikern in der Fläche Bayerns. Sie sind unser Think-Tank und unsere Ideengeber."

Fabian Mehring, Parlamentarischer Geschäftsführer

„Mit der **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge** haben wir FREIE WÄHLER bewiesen, dass wir den Bürgerwillen ernst nehmen und diesen auch durchsetzen können."

Joachim Hanisch, kommunalpolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender

„Klimaschutz ist eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit. Beim **Aufbau einer Klima-Infrastruktur** muss der Staat in Vorleistung gehen. Dann ziehen auch die Bürger nach."

Thorsten Glauber, Umweltminister

„Nicht alles, was die Bayernkoalition macht, ist sexy – aber anders als Berlin sind wir auch nicht arm. Denn wir haben an den richtigen Stellschrauben gedreht, um **Bayern weiter voranzubringen."**

Prof. Dr. Michael Piazolo, Staatsminister für Bildung und Kultus

„Kinder gehören zu den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft – ihre Anliegen sind nie laut und aufdringlich. Deshalb **bedürfen Kinder des besonderen Schutzes** durch den Staat und die Aufmerksamkeit der Politik, die sachbezogen und ruhig kindliche Belange diskutiert."

Gabi Schmidt, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied in der Kinderkommission des Landtags

Lehrer fit für **neue Heraus-forderungen** machen

Wie bleibt man als Lehrer gesund? Fest steht: Nur Lehrkräfte, die motiviert sind und sich ihrem anspruchsvollen Beruf gewachsen fühlen, können Schülerinnen und Schüler so fördern, dass diese ihre individuellen Talente und Begabungen entfalten und gute Lernergebnisse erzielen. Deshalb setzen wir FREIE WÄHLER uns mit einem Antragspaket für die Stärkung der Lehrkräftegesundheit an Schulen ein.

Lehrerinnen und Lehrer sind im Schulalltag stark gefordert: Sie müssen sich fast durchgehend hoch konzentrieren, Lerninhalte vermitteln und gleichzeitig erzieherisch auf die Schüler einwirken. Dazu kommt, dass sie in einer inhaltlich und zeitlich vorgegebenen Unterrichtsstruktur tätig sind – Zeit für Erholungsphasen bleibt kaum. Außerdem sehen sich Lehrer mit wachsenden Herausforderungen im Bildungsbereich – etwa der Integration und der Inklusion – konfrontiert.

Lehrergesundheit, Unterrichtsqualität und Lernerfolg gehen Hand in Hand.

Weil Burnout und depressive Verstimmungen die negativen Folgen ihres stressigen Berufs sein können, wollen wir FREIE WÄHLER die körperliche und seelische Gesundheit der Lehrenden stärker in den Fokus rücken. Denn Lehrergesundheit, Unterrichtsqualität und Lernerfolg gehen Hand in Hand. Nur gesunde Pädagoginnen und Pädagogen, die über ausreichend Konzentrationsvermögen, psychische Widerstandskraft, Geduld und Ausdauer verfügen, können den sich verändernden Anforderungen gerecht werden – und ihren Schülerinnen und Schülern ein positives Beispiel sein.

In den vergangenen Jahren ist bereits viel getan worden, um die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte zu verbessern. Allerdings gibt es keine einheitlichen Regelungen zur Gesundheitsförderung an Schulen. Deshalb wollen wir FREIE WÄHLER einen Überblick über aktuell laufende Maßnahmen gewinnen, um gegebenenfalls mit geeigneten Angeboten nachjustieren zu können. Wir haben die Staatsregierung daher ersucht, über Angebote, die der Gesundheitsvorsorge – insbesondere im Bereich der psychischen Belastungen – dienen, zu berichten.

Außerdem wollen wir wissen, welche Fortbildungen zur Schulklimaverbesserung angeboten werden. Schließlich trägt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen maßgeblich zur Bildungsqualität bei und kann präventiv gegen Langzeiterkrankungen und Frühpensionierungen wirken – und damit auch zur Sicherung der Unterrichts- und Lehrerversorgung beitragen.

Gleiche Steuern für Essen!

Wenn es um den Verkauf von zubereiteten Speisen geht, zeigt sich in Deutschland ein zweigeteiltes Bild – zumindest in puncto Besteuerung: Essen auf die Hand wird mit 7 Prozent Mehrwertsteuer belegt, Gerichte, die etwa in Gaststätten vor Ort verzehrt werden, mit 19 Prozent. Diese Steuerungerechtigkeit wollen wir mit einer Bundesratsinitiative ändern.

Bislang sind die steuerlichen Regelungen konfus und uneinheitlich: Der Fiskus unterscheidet zwischen außer Haus verkauften Speisen, die mit 7 Prozent besteuert werden, und in Gaststätten verzehrten Speisen, auf die der übliche Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent angewandt wird. Das sorgt für einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungs- und Kontrollaufwand, der dringend abgebaut werden muss.

Hinzu kommt, dass die Regelungen die Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Schließlich gilt in vielen europäischen Nachbarländern, die mit dem Freistaat um dieselbe touristische Klientel konkurrieren, bereits heute ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe. So muss die Gastronomie in Österreich nur 10 Prozent Mehrwertsteuer abführen, in der Schweiz sogar nur 7,6 Prozent. Dadurch werden deutsche Betriebe zwangsläufig benachteiligt.

Wir FREIE WÄHLER machen uns deshalb für einen einheitlich ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent stark – und zwar unabhängig von der Art der Zubereitung und des Verzehrortes. Das würde nicht nur zu einem Bürokratieabbau führen, sondern auch den dringend benötigten Investitionsschub im Gastrogewerbe einleiten. Dass es in dieser Branche einen enormen Bedarf gibt, zeigt nicht zuletzt das seit Jahren anhaltende Wirtshaussterben vor allem im ländlichen Raum.

Gleiche Steuern für Essen wären auch deshalb fair, weil die Gastronomie arbeitsintensiv ist und vielen Menschen einen sicheren Arbeitsplatz bietet. Durch 7 Prozent Mehrwertsteuer entstünden Spielräume für mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze, mehr Lohn und noch attraktivere Angebote.

Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir die Staatsregierung deshalb aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zur einheitlichen Absenkung der Mehrwertsteuer einzubringen, die im zuständigen Haushaltsausschuss auch angenommen wurde. Das ist ein wichtiger Etappensieg! Denn Bayern als bundesweite Tourismusdestination Nummer 1 kann es sich schlicht nicht leisten, im internationalen Wettbewerb abgehängt zu werden.

Wir FREIE WÄHLER machen uns für einen einheitlich ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent stark – und zwar unabhängig von der Art der Zubereitung und des Verzehrortes.

Jugendliche Stimmen sollen mehr politisches Gewicht bekommen

Wir haben Vertrauen in die Urteilskraft und in den Gestaltungswillen von jungen Menschen. Deshalb setzen wir FREIE WÄHLER uns dafür ein, dass Jugendliche früher politisch mitentscheiden können. Mit gleich mehreren Anträgen, die unter dem griffigen Etikett „JuBeL-Paket“ für JugendBeteiligung auf Landesebene firmieren, wollen wir die Jugendbeteiligung im demokratischen Prozess stärken und so mittelfristig für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen sorgen.

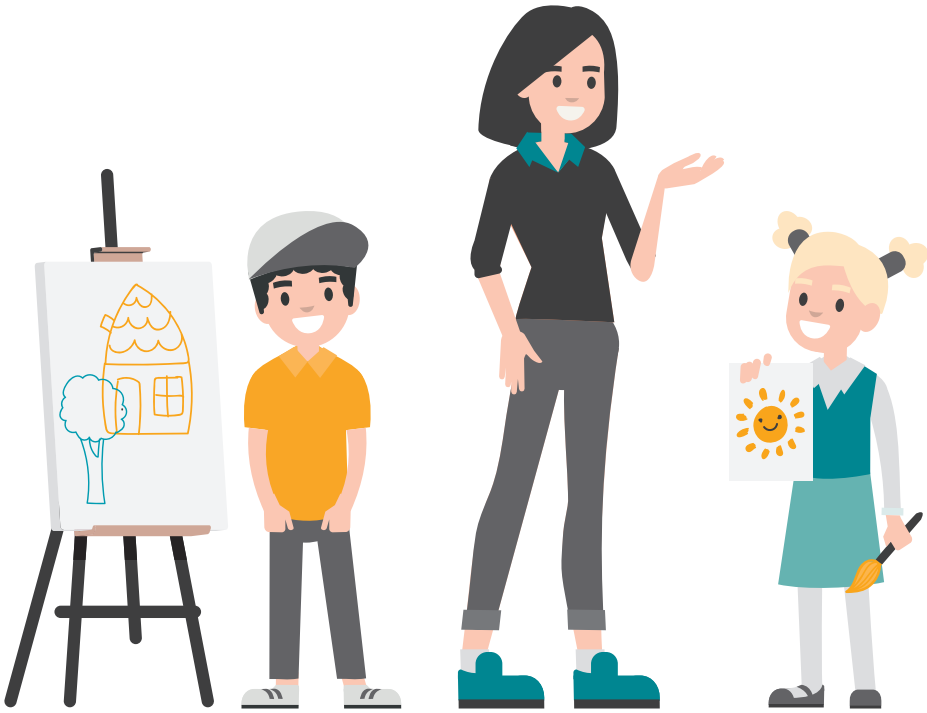
Grund zum JuBeLn: (v. l.) PGF Fabian Mehring, Fraktionschef Florian Streibl, Kultusstaatssekretärin Anna Stolz, der kommunalpolitische Sprecher Joachim Hanisch und der jugendpolitische Sprecher Tobias Gotthardt bei der Vorstellung ihres „JuBeL-Pakets“ für mehr JugendBeteiligung auf Landesebene.

Kernpunkt unseres Antragspakets ist die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen. Denn wir sind überzeugt, dass die Jüngeren in unserer Gesellschaft ein Recht darauf haben, am demokratischen Dialog beteiligt zu werden. Nur wer aktiv teilhaben darf, kann sich auch aktiv in die Gesellschaft einbringen. Nach unserer Auffassung ist die kommunale Ebene hierfür geradezu prädestiniert, da sie das unmittelbare Lebensumfeld der jungen Menschen betrifft.

Dass Jugendliche mit 16 Jahren durchaus alt genug sind, um sich eine Meinung zu bilden und für diese auch einzutreten, sehen wir zurzeit eindrücklich bei den „Fridays for Future“-Protesten. Dass sich diese junge Generation mittels Demonstrationen Gehör verschaffen muss, zeigt aber auch, dass sie von der Politik nur allzu leicht übersehen wird. Mit einer Senkung des Wahlalters könnten wir hier gezielt entgegensteuern und Strukturen schaffen, die den jungen Leuten mehr Teilhabe am demokratischen Prozess ermöglichen würden.

Wir wollen die Jugendbeteiligung im demokratischen Prozess stärken und so mittelfristig für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen sorgen.

Da sich eine Änderung des aktiven Wahlrechts aufgrund des dafür erforderlichen Volksentscheids allerdings frühestens bis zur Kommunalwahl 2026 realisieren lassen wird, wollen wir die Zeit bis dahin nutzen, um junge Menschen auf ihr Wahlrecht adäquat vorzubereiten. So wollen wir das Jugendehrenamt fördern, die außerschulische Jugendarbeit intensivieren und die Jugendringe stärken. Zudem setzen wir uns für eine flächendeckende Stärkung der Jugendparlamente, eine Intensivierung der politischen Bildung als Extremismus-Prävention und eine Weiterentwicklung der Landeszentrale für Politische Bildung ein. So wollen wir jungen Menschen das Rüstzeug an die Hand geben, sich erfolgreich und nachhaltig politisch zu engagieren.



Bei Kindern aus Familien mit niedrigerem Einkommen und schwächerem Bildungshintergrund hat die kulturelle Bildung eine besonders hohe Bedeutung für die Entwicklung eines eigenen Kulturinteresses.

Kinder sollen **kreative Potenziale** entfalten können

Kinder und Jugendliche verbringen immer mehr Zeit in der Schule. Die Folge: Unter der Woche bleibt weniger Raum für Freizeit und für außerschulische Aktivitäten, was wiederum negative Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung haben kann. Deshalb wollen wir FREIE WÄHLER, dass Arbeitsgemeinschaften, Förder- und Freizeitangebote sowie kulturelle Angebote fester Bestandteil eines attraktiven Ganztags werden.

Kulturelle Bildung stärkt die Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen und ermöglicht ihnen, die eigene Kreativität zu entdecken. Ganztagsschulen sind nach unserer Auffassung prädestiniert, die Begegnung mit Kunst und Kultur in das Schulleben zu integrieren, denn sie können mit ihrem immer größer werdenden Zeitfenster weit mehr als Unterricht anbieten – und das flächendeckend und niedrigschwellig.

Deshalb haben wir die Staatsregierung aufgefordert, zu überprüfen, wie kulturpädagogische Angebote an bayerischen Ganztagsschulen stärker gefördert werden können und inwiefern die Mittel des Bundesprogramms „Kultur macht stark“ für einschlägige Angebote und Wahlkurse im Ganztagsbereich genutzt werden können. Denn wir sind überzeugt: Mit entsprechenden Fördermitteln könnte der Ganztagsbereich langfristig einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die kulturelle Teilhabe in Bayern zu stärken.

Die Vorteile für unsere Schülerinnen und Schüler liegen auf der Hand: Durch die Begegnung mit Künstlern und Kulturschaffenden unterschiedlichster Provenienz lernen sie, ihre Welt mit anderen Augen zu sehen und einen Sinn für Qualität zu entwickeln. In der künstlerischen Betätigung erfahren sie, wie bereichernd die Beschäftigung mit Kunst und Kultur ist, und sie gewinnen Vertrauen in ihre eigene Gestaltungskraft. Und durch den regelmäßigen Kontakt mit hochwertigen Bildungsangeboten werden ihre individuellen Begabungen besser gefördert.

Gerade Kinder aus bildungsferneren Schichten würden von entsprechenden Angeboten profitieren. Denn sie erhielten unabhängig vom familiären Hintergrund und Wohnumfeld die Chance, Kunst, Kultur und künstlerische Projekte kennenzulernen. Wie wichtig das ist, belegen wissenschaftliche Studien: Demnach hat die kulturelle Bildung bei Kindern aus Familien mit niedrigerem Einkommen und schwächerem Bildungshintergrund eine besonders hohe Bedeutung für die Entwicklung eines eigenen Kulturinteresses. Und das macht die Förderung entsprechender Angebote umso unterstützenswerter.

Wie wir unseren Wildtieren durch die **kalte Jahreszeit** helfen

Wenn der Boden gefroren und von einer dicken Schneedecke eingehüllt ist, finden unsere heimischen Wildtiere kaum mehr Nahrung in ihren Lebensräumen. Die Folge: Sie sind nicht nur akut von Hungersnot bedroht, sondern drängen vermehrt in den Wald – und richten dort große Verbissschäden an. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb an der Praxis von Winterfütterungen in Notzeiten festhalten.

Der vergangene Winter hat unseren Wildtieren arg zugesetzt: Dauerfrost und langanhaltende Schneefälle prägten über Wochen die Landschaft. Insbesondere in den alpinen Regionen waren viele heimische Arten von Hungersnot betroffen. Dass die Tiere den Winter trotzdem weitestgehend unbeschadet überstanden haben, ist den bayernweiten Winterfütterungen durch Förster und Jäger zu verdanken. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb die bisherige Praxis der Wildfütterungen in Notzeiten im Rahmen geltender Gesetze beibehalten.

Denn bereits bei Schneelagen ab einem halben Meter und Temperaturen im zweistelligen Minusbereich ist es für die Tiere nicht mehr möglich, ausreichend Äsung zu finden. Besonders bedrohlich stellt sich die Situation in den Alpen dar: Die teils über zwei Meter starke Schneedecke mit oft vereisten Unterschichten macht es den heimischen Arten wie Gams- und Rotwild praktisch unmöglich, an lebenswichtige Nahrung zu gelangen. Hinzu kommt, dass die Tiere enorme körperliche Anstrengungen aufbringen müssen, um sich im hohen Schnee fortzubewegen. Das lässt ihre Fettreserven deutlich schneller schwinden.

Die Winterfütterungen bewahren aber nicht nur Wildtiere vor dem sicheren Hungertod, sondern können auch unseren Wald schützen: Bei der kontrollierten Zugabe artgerechten Futters nehmen Verbissschäden nachweislich ab. Denn zum einen wird den Tieren eine alternative Nahrungsquelle zu den Trieben junger Bäume bereitgestellt. Und zum anderen bieten gezielte Fütterungen die Möglichkeit, das Wild in weniger schadensgefährdete Waldgebiete zu lenken.

Im Rahmen der geltenden Jagdgesetze wollen wir deshalb in angemessenem Umfang die Zugabe artgerechten Futters auch in Zukunft sicherstellen. Damit kann insbesondere auch geschützten Arten wie dem Auer- und Steinwild über die entbehrungsreiche kalte Jahreszeit geholfen werden. Klar ist für uns aber auch: Wir wollen dem Wild kein besseres Nahrungsangebot schaffen als an frostfreien Tagen. Aber gerade wenn Anfang Januar die Trächtigkeit der Geißen beginnt, muss Nahrungsunterstützung ausgebracht werden.

Die Winterfütterungen bewahren nicht nur Wildtiere vor dem sicheren Hungertod, sondern können auch unseren Wald schützen.

Wir FREIEN WÄHLER sind überzeugt, dass nur eine systematische Erfassung der Gamswildpopulation Aufschluss darüber geben kann, ob die Abschusszahlen erhöht oder gesenkt werden müssen oder ob der Bestand auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden sollte.

Erhebung der **Gamswild-population** kann Streit schlichten

Die Gams gehört zu den Bayerischen Alpen wie der Dom der Frauenkirche in die Münchner Innenstadt. Doch seit Jahren tobt im Freistaat ein Streit um die Gams-Abschusszahlen. Während Tierschützer und Jäger bereits von Ausrottung sprechen, fürchten Waldbesitzer und die Bayerischen Staatsforsten aufgrund zu hoher Wild- und Gamsbestände um ihre Wälder.

Die Fronten beider Lager sind bereits so verhärtet, dass eine sinnvolle und konstruktive Diskussion kaum noch möglich ist. Um beide Lager zu befrieden, bedarf es deshalb endlich verlässlicher Zahlen. Denn bislang sind qualifizierte und damit verbindliche Aussagen über Abschussquoten schlicht nicht möglich. Wir FREIEN WÄHLER sind überzeugt, dass nur eine systematische Erfassung der Gamswildpopulation Aufschluss darüber geben kann, ob die Abschusszahlen erhöht oder gesenkt werden müssen oder ob der Bestand auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden sollte.

Es gilt herauszufinden, wie viele Tiere in unseren Bergen und Wäldern überhaupt noch heimisch sind. Nur fundierte Daten über die Anzahl der bei uns lebenden Gämsen sowie deren Verbreitung können ein weiteres Vorgehen im Bereich des Gamsmanagements für alle Beteiligten zufriedenstellend und nachhaltig gewährleisten.

Wir FREIE WÄHLER sprechen uns deshalb klar für die Durchführung eines großflächig angelegten Gams-Monitorings aus. An diesem Monitoring sollen Förster, Jäger, Tierschützer sowie weitere engagierte Personen und Organisationen gemeinsam mitwirken, um den Zustand unserer Gamspopulationen zu erfassen. Nur durch ein solches Monitoring-Verfahren können wir aussagekräftige Daten gewinnen, die im zweiten Schritt eine Diskussion über mögliche Abschusserhöhungen oder -senkungen erlauben.

Es ist davon auszugehen, dass bei einem solchen Vorhaben in den unterschiedlichen Aufnahmegebieten auch unterschiedliche Ergebnisse bezüglich der Populationsdichte herausgearbeitet werden, was wiederum für ortsbezogene, differenzierte Bejagungsstrategien sprechen würde. Nach unserer Überzeugung ist eine konzertierte Erhebung der einzige Weg, dem anhaltenden Konflikt zwischen Forst und Jagd entgegenzuwirken und eine Diskussion auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Gerald Pittner

„Ich engagiere mich, weil …
ich etwas für die Menschen und meine Heimat erreichen will. Zukunft fängt heute an und ich möchte sie mitgestalten! Aufgaben haben wir schließlich genug.“

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich … ein Gesetz erlassen, das bestimmt, dass für jedes neue Gesetz ein altes aufgehoben werden muss.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich … Bayerischer Ministerpräsident werden wollen und aus der schwarz-orangen Koalition eine orange-schwarze machen!

Um mehr Jugendliche für die Politik zu interessieren, würde ich … einmal im Monat jeden Mandatsträger für einen Tag in Kindergärten und Schulen zur Diskussion mit den Kindern und Jugendlichen schicken.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich … zwölf Stunden lang „Eisenbahnromantik“ laufen lassen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich … ihm ein Campingwochenende in Sommerach im Weinlandkreis Kitzingen empfehlen.

Wenn ich einen völlig freien Tag hätte, würde ich … ihn mit meiner Familie und Freunden in der Natur verbringen und mit einem zünftigen Grillen im Garten ausklingen lassen.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich … für Frieden in der Welt sorgen und jede kriegerische Auseinandersetzung verbieten.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich … mich gerne 100 Jahre in die Zukunft versetzen lassen, um zu sehen, ob unsere Entscheidungen von heute sinnvoll, zielführend und richtig waren. Das Urteil unserer nachfolgenden Generationen würde mich schon interessieren, schließlich mache ich Politik für unsere Kinder und Enkel und deren Nachkommen!

Gerald Pittner

Geboren am 20. Juli 1960 in Bad Neustadt an der Saale

Wohnort: Bad Neustadt an der Saale

Familienstand: verheiratet, eine Tochter

Ausbildung: Jurist

Beruf: Richter am Amtsgericht

Religion: römisch-katholisch

Susann Enders

„Ich engagiere mich, weil …
ich auch für die nächsten Generationen ein lebenswertes Bayern mitgestalten kann.“

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich … die Gesundheits- und Versorgungsgesetze ändern.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich … genau an meinem Platz stehen. Hier bin ich richtig!

Um mehr Jugendliche für die Politik zu interessieren, würde ich … diese in Entscheidungsprozesse einbeziehen. Die Jugend muss erfahren, dass man sie ernst nimmt.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich … ein Testbild auf allen Kanälen initiieren, damit sich die Familien zusammensetzen, miteinander reden, Musik hören oder Karten spielen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich … natürlich meine Heimat, den Pfaffenwinkel empfehlen – zwischen Lech und Loisach hat man die Berge immer im Blick und Natur, so weit das Auge reicht.

Wenn ich einen völlig freien Tag hätte, würde ich … endlich mal ausschlafen!

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich … Kinderarmut und Altersarmut abschaffen!

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, wäre ich … gerne in den 1930er Jahren, um einmal mit der Jazz-Ikone Ella Fitzgerald auf der Bühne zu stehen.

Susann Enders

Geboren am 10. Januar 1967 in Quedlinburg

Wohnort: Weilheim

Familienstand: verheiratet

Ausbildung: examinierte Krankenschwester

Beruf: Politikerin

Religion: ohne Konfession

Antisemitismus mit allen Mitteln bekämpfen!

Am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur versuchte ein schwer bewaffneter Rechtsextremist, in die Synagoge in Halle einzudringen, um die dort versammelten Gläubigen zu töten. Nachdem der Versuch gescheitert war, richtete er seine Waffe gegen Passanten und tötete zwei Menschen. Wir FREIE WÄHLER sehen in diesem hinterhältigen Attentat nicht nur einen Angriff auf die jüdische Gemeinschaft, sondern auf unsere Gesellschaft insgesamt.

In den vergangenen Monaten ist die Zahl antisemitischer Überfälle und Hetzreden kontinuierlich gestiegen und hat zu einer Atmosphäre geführt, die für deutsche Juden unerträglich sein muss: Sie müssen erdulden, dass auf Demos der Hitlergruß gezeigt wird und dass ihre Friedhöfe mit Hakenkreuzen beschmiert werden. Und sie müssen täglich befürchten, dass sie beleidigt, drangsaliert oder gar angegriffen werden. Nicht auszudenken, was der Täter in der Synagoge angerichtet hätte, wenn die Türen seinen Einbruchsversuchen nicht standgehalten hätten.

Diese Tat ist ein perfider Anschlag auf Juden und das jüdische Leben in Deutschland. Das Kalkül des Extremisten ist schmerzhaft offensichtlich: Juden in Deutschland sollen wieder Angst haben; das „Nie wieder", das nach Ende des Zweiten Weltkriegs zur Formel des friedlichen und respektvollen Zusammenlebens wurde, wird mit beispielloser Vehemenz in Frage gestellt.

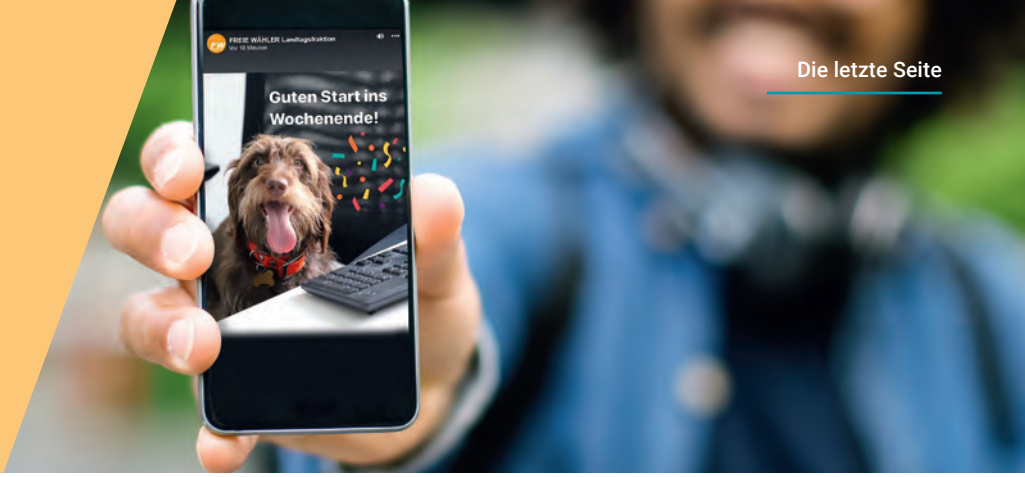
Und eben deshalb ist diese Tat auch ein Anschlag auf die deutsche Gesellschaft. Auf eine gefestigte Demokratie, deren Bürger sich vom Schatten des Dritten Reichs gelöst haben und für die jüdisches Leben selbstverständlicher Bestandteil deutscher Nachkriegskultur geworden ist. Die Tat von Halle ist eine Zäsur, die zeigt: Im rechtsextremen Milieu ist eine Saat aufgegangen, gewachsen auf dem Boden der Geschichtsrelativierungen, des Fremdenhasses, des Rassenwahns – Geißeln der Menschheit, die in einer modernen, offenen und aufgeklärten Gesellschaft keinen Platz haben dürfen.

Für uns FREIE WÄHLER ist klar: Wir müssen entschieden und mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jede Form von Ausgrenzung vorgehen. Deshalb setzen wir uns für eine klar definierte Strafverschärfung bei antisemitischen Delikten ein. Zudem wollen wir die politische Bildung stärken, um schon den Jüngsten aufzuzeigen, in welche Katastrophe uns nationalsozialistische Rassenideologie und Judenhass in der Vergangenheit geführt haben.

„Den Kampf gegen den Antisemitismus können wir nur gemeinsam gewinnen. Es ist notwendig, insbesondere auf politischer Ebene die Schlagkraft zu erhöhen. Auch bei Justiz und Polizei wünsche ich mir eine höhere Sensibilität für Antisemitismus und ein konsequentes Durchgreifen bei judenfeindlichen Übergriffen. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland muss sich darauf verlassen können, langfristig Rückhalt von der Politik, Justiz und Gesellschaft zu erhalten."

Dr. Josef Schuster, Präsident des Landesverbands Israelitischer Kultusgemeinden in Bayern

Kurz berichtet



Fraktion ist auf den Hund gekommen

Nein, die FREIEN WÄHLER sind nicht gemäß Redensart in schlimme Umstände geraten. Vielmehr werden die Social-Media-Aktivitäten der Landtagsfraktion seit einigen Monaten von dem zauberhaften Dackelpärchen Willi und Irmel unterstützt. Ihre Aufgabe: die Abonnenten des fraktionseigenen Instagram-Kanals ins Wochenende verabschieden, zum kurzen Innehalten einladen und den Landtag aus Hundeperspektive erklären. Wer den quirligen Tieren bei ihren Abenteuern im Maximilianeum folgen und dabei auch noch hinter die Kulissen der parlamentarischen Arbeit der Landtagsfraktion schauen will, sollte gleich den Instagram-Account **freie.waehler.landtagsfraktion** abonnieren.

Was sonst noch los war ...

25. Oktober 2019

Abgeordnete der Landtagsfraktion treffen bei einem Arbeitsessen die neue US-Generalkonsulin Meghan Gregonis in München. Ihr gemeinsames Fazit: Die globalen Herausforderungen und eine zunehmend multipolare Weltordnung machen das transatlantische Bündnis wertvoller denn je. Es muss gestärkt werden, um die Errungenschaften von Frieden, Freiheit und Wohlstand auch in Zukunft bewahren zu können.

9. Oktober 2019

Bayern und seine Braukunst stehen weiter hoch im Kurs. Das ist die gute Nachricht, die der Bayerische Brauerbund den FREIEN WÄHLERN bei einem Parlamentarischen Abend überbringen kann. Die Trendwende scheint geschafft – auch dank des großen Angebots alkoholfreier Biere.

1. Oktober 2019

Fraktionschef Florian Streibl trifft Gerd Nitschke vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband. Auf der Prio-Liste des BLLV ganz oben: die Bekämpfung des Fachlehrermangels. Dem werden die FREIEN WÄHLER allein im Schuljahr 2019 / 20 mit 1.200 neu geschaffenen Stellen begegnen – und so verhindern, dass Lehrer Fächer unterrichten müssen, die sie selbst gar nicht studiert haben.

25. September 2019

Wie die Versorgung mit Rohstoffen in Bayern dauerhaft gesichert werden kann, ist Thema eines Austauschs zwischen der Landtagsfraktion und dem Bayerischen Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V., kurz BIV. Bei dem Gespräch informieren sich die Abgeordneten über Möglichkeiten der Rohstoffproduktion. Auch die Raumplanung in Bayern sowie Genehmigungsverfahren für Rohstoffprojekte kommen zur Sprache.

Mit einem Abonnement immer „Nah dran“ an den Themen der FREIEN WÄHLER

Wollen Sie regelmäßig nah dran an unserer Arbeit sein, damit Sie stets über alle wichtigen Meldungen, Meinungen und Beschlüsse der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Bescheid wissen? Dann entscheiden Sie sich am besten für ein Abonnement unserer Fraktionszeitung „Nah dran“ und erhalten Sie Informationen aus erster Hand.

Senden Sie das ausgefüllte Formular an

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Max-Planck-Straße 1
81675 München

oder schicken Sie uns eine E-Mail an

fraktionszeitung@fw-landtag.de

oder ein Fax an

089 4126-1643.

Diese Druckschrift ist eine Information über die parlamentarische Arbeit der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Für das Jahr 2020 wünschen wir Ihnen alles Gute!

Impressum

HERAUSGEBER

FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion
Maximilianeum

Max-Planck-Str. 1
81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. I. S. D. P.

FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion

Florian Streibl, MdL
Max-Planck-Str. 1
81675 München

REDAKTION

Sabrina Schmidt

BILDNACHWEIS

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion: S. 10, 31; Gottfried Obermair: S. 5, 7, 10; Stephan Weichenrieder: S. 8; Felix Zinser: S. 9, 29; Sabrina Schmidt: S. 26, 31; Sammlung Pittner: S. 28; Zentralrat der Juden: 30; iStock.

ARTDIREKTION UND DESIGN

CUBE Werbeagentur GmbH

DRUCK

Mayer & Söhne
Druck- und Mediengruppe GmbH
& Co. KG

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte „Nah dran“, die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname Name

Straße, Hausnummer PLZ, Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zweck der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, zum Beispiel per E-Mail an fraktionszeitung@fw-landtag.de, widerrufen.

Datum, Unterschrift